



KOMMT ZUR SOLINGER MONTAGSAKTION!

An jedem 2. Montag um 18.00 Uhr
(gerade Kalenderwoche)
Am Neumarkt gegenüber
vom Hofgarten



...Fortsetzung Innenteil

Doch diese - wie wir von SOLINGEN AKTIV - haben oft genug den Finger in die Wunden gelegt, Machenschaften aufgedeckt, waren und sind ein Sprachrohr für Bürgerinitiativen und haben konstruktive Lösungsvorschläge unterbreitet - aber eben jenseits des etablierten Mainstream.

Damit diese wichtigen Stimmen nicht aus den Räten in NRW verschwinden, schlagen wir eine NRW-weite Petition dagegen vor - gemeinsam mit allen anderen ähnlichen Bündnissen in NRW (s. Artikel dazu auf unserer Homepage).

Wir wünschen allen Solingerinnen und Solingern (auch den neu dazu gekommenen) eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

SO ERREICHEN SIE UNS:

SOLINGEN AKTIV Büro:
Klemens-Horn-Str. 3, 42651 Solingen
Tel.: 0212 - 22 46 366
Mail: solingen-aktiv@gmx.de
web: www.solingen-aktiv.de

Bürozeiten:
Mittwochs 10.00 - 16.00 h
oder nach Absprache

Mitgliederversammlung

Am 19. Dezember ab 16 Uhr
im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3
(auch interessierte Nicht-Mitglieder sind herzlich eingeladen)

Ratssitzung

Am 10. Dezember ab 17 Uhr.

Werden Sie gemeinsam
mit uns aktiv!



Die Wohnungssituation von Flüchtlingen

Bei der Ratssitzung am 29.10. stellte unsere Ratsfrau Gabi Gärtner folgende Anfragen:

Laut „Solinger Morgenpost“ vom 24. Oktober leben derzeit lediglich 117 Flüchtlinge in 32 privaten Wohnungen. Weitere 97 Mietverträge wurden bisher abgeschlossen und 146 Angebote auf ihre Eignung geprüft.

Das ist angesichts der begrüßenswerten Kampagne der Stadt „Herzen öffnen - um Wohnraum für Flüchtlinge“ eine sehr niedrige Quote.

Offensichtlich fehlen in Solingen - nach einer aktuellen Erhebung im Auftrag der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt - augenblicklich fast 1400 Wohnungen - hauptsächlich Sozialwohnungen. Das entspricht dem bundesweiten Trend, dass durch gesetzliche Änderungen unter der Kohl-Regierung der Sozialwohnungsbau drastisch heruntergefahren wurde.



Die Studie geht davon aus, dass im laufenden Jahr für Flüchtlinge rund 760 Wohnen benötigt werden. Ich frage mich, ob das angesichts der rasanten Zunahme ausreicht.

Die Forscher warnen meines Erachtens zu Recht: „Geschehe nichts, würden vor allem Geringverdiener in Zukunft mit den Flüchtlingen um bezahlbaren Wohnraum konkurrieren.“ Soweit darf es auf keinen Fall kommen!

Meine Fragen an die Stadt in diesem Zusammenhang lauten:

1. Welche Anstrengungen wurden bisher unternommen, auch von den größeren Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen? Denn hier müssten meines Erachtens doch Wohnungsbeständen in einer ganz anderen Größenordnung zur Verfügung stehen. Oder scheitert das an Finanzierungsbedingungen?



2. Was hat die Stadt unternommen bzw. plant sie, um wieder verstärkt im Bereich des sozialen Wohnungsbaus aktiv zu werden und gezielt solche Projekte zu fördern?
- 3.

Beeindruckende antirassistische Aktion vor dem Rat

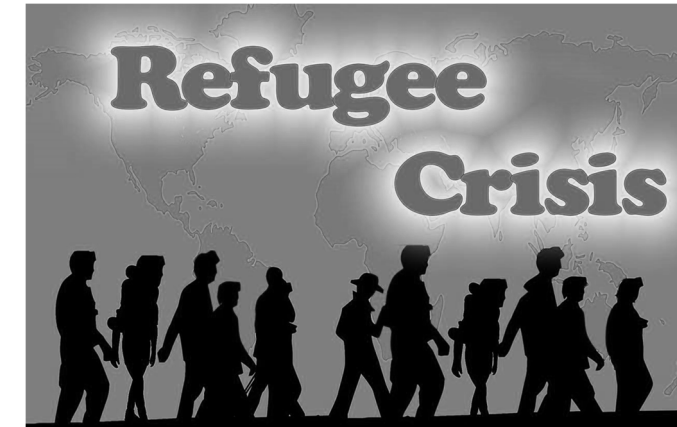
Vor der Ratssitzung am 29. Oktober wollten sogenannte „Besorgte Bürger“ um den zumindest früheren Pro-NRW-Mann Torsten Spin eine „Mahnwache“ gegen die Flüchtlingspolitik veranstalten.

Demagogisch nutzten sie den berechtigten Unmut über „die komplette Unterfinanzierung“ der Kommunen durch Bund und Land für die umfangreichen Flüchtlingskosten als Vorwand. Auf den internen

Seiten ihrer Facebook-Gruppe und auch der Homepage von Pro NRW kommen jedoch ihre wahren rassistischen und faschistischen Einstellungen offen zum Ausdruck.

Dem Häuflein von 10 bis 15 Rassisten stellten sich ca. 200 von „Bunt statt Braun“ organisierte Antifaschisten mutig entgegen und machten die „Mahnwache“ wirkungslos.

Auch SOLINGEN AKTIV war mit seinen Plakaten „FÜR EIN NAZIFREIES SOLINGEN“ und den gleichnamigen Aufklebern wirkungsvoll vertreten.



Weg mit der 2,5% - Klausel gegen kleine Parteien!

CDU, SPD und Grüne in NRW wollen mit einer 2,5-Prozent-Klausel bei den nächsten Kommunalwahlen im Jahr 2020 den Einzug kleinerer Parteien und Gruppierungen in den Rat verhindern - angeblich, weil diese die Räte „unregierbar“ machen würden.

Mit dieser vorgeschobenen Behauptung wollen die etablierten Parteien nur erreichen, dass sie möglichst unter sich bleiben und kritische Kräfte so aus den Räten verschwinden.